

DETLEF NAKATH

Deutsche Zweistaatlichkeit

Im Jubiläumsjahr sind im In- und Ausland bereits viele Veranstaltungen zum Thema deutsche Zweistaatlichkeit angekündigt und werden eine Flut von Publikationen nach sich ziehen.¹ Deshalb war es eine gute Entscheidung, zu einem relativ frühen Zeitpunkt über die Geschichte der DDR und das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten im Kreise von etwa 100 wissenschaftlich interessierten Teilnehmern und Vertretern unterschiedlicher Fachdisziplinen zu diskutieren.

Im Eröffnungsvortrag unternahm *Rolf Badstübner* (Berlin) den Versuch, die gesellschaftspolitische Neuordnung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in Ost und West im Vergleich nachzuzeichnen, und legte dabei die Kompliziertheit der historischen Entwicklung des 20. Jahrhunderts zugrunde. Während man in den westlichen Besatzungszonen den gesellschaftlichen Neuanfang innerhalb der Strukturen der alten Gesellschaft unter den Bedingungen von parlamentarischer Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft zu realisieren versuchte, wurde in der sowjetischen Besatzungszone zeitig damit begonnen, sowjetische Erfahrungen unter partieller Einbeziehung deutscher Traditionen umzusetzen. Insbesondere der Übergang zu stalinistischen Strukturen stieß bei der Bevölkerung auf weitgehende Ablehnung. Für Badstübner war anfänglich der Alternativcharakter der DDR gegenüber der Bundesrepublik durchaus gegeben, wenngleich die SED-Diktatur diese Alternative nachhaltig beschädigte.

Faina Nowik (Moskau) referierte über die sowjetische Politik gegenüber der DDR und der Bundesrepublik seit der unmittelbaren Nachkriegszeit bis Mitte der fünfziger Jahre. Sie periodisierte die aus ihrer Sicht aktive sowjetische Deutschlandpolitik in drei Etappen mit den Zäsuren 1949, 1953 und 1955. Nowik vertrat die Ansicht, daß aus sowjetischer Sicht die deutsche Frage nach der »doppelten Staatsgründung« 1949 in der Auseinandersetzung der gegensätzlichen Blocksysteme im Kalten Krieg mehr und mehr an Bedeutung verlor. Erst nach Stalins Tod im März 1953 setzte sich jedoch in Moskau die Akzeptanz langfristiger deutscher Zweistaatlichkeit schrittweise durch. Endgültig gab man in Moskau die deutsche Vereinigung als mittelfristige politische Zielstellung nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik im Mai 1955 auf und bezog die DDR in den noch im gleichen Monat gebildeten Warschauer Pakt von Anfang an ein.

Peter Steglich (Berlin), als Diplomat langjährig für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR tätig, vertrat die

Detlef Nakath – Jg. 1949, Dr. sc., Studium der Geschichte und des Völkerrechts an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1978-89 ua. Dozent für deutsche Zeitgeschichte, 1990-91 stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität, danach Mitarbeiter an zwei Forschungsprojekten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Zahlreiche Publikationen, u.a. »Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973-1985« (1999).

Der Berliner Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur »Helle Panke« führte am 13. und 14. März 1999 eine Tagung durch, die sich mit der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit zwischen 1949 und 1990 beschäftigte. Weitere Plenarbeiträge der Konferenz erscheinen in

UTOPIE kreativ, H. 105
(Juli 1999).

1 So wird zum Beispiel unter dem Titel »Getrennte Vergangenheit – Gemeinsame Geschichte« ein unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse stehendes dreitägiges, prominent besetztes Geschichtsforum vom 28. bis 30. Mai 1999 durchgeführt, an dem sich nahezu 100 Wissenschaftler und Zeitzeugen an Podiumsdiskussionen beteiligen werden. Daran nehmen mit eigenen Diskussionsrunden auch PDS-nahe Vereine und Stiftungen für politische Bildung, wie »Helle Panke« sowie die »Rosa-Luxemburg-Stiftung« in Sachsen teil.

2 Vgl. Die Doppelbiographie der Bundesrepublik, in: Neues Deutschland, 12. März 1999, S. 14/15.

Ansicht, daß sowohl Bundesrepublik als auch DDR in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit zwar eine aktive aber dennoch keine entscheidende außenpolitische Rolle spielten. Dies ergab sich aus ihrer Einbindung in die politischen und militärischen Blöcke sowie aus ihrem Verhältnis zu den politischen Führungsmächten ihres jeweiligen Bündnisses. Die Sowjetunion hätte der DDR ohnehin erst 1955 die Möglichkeit eingeräumt, auf einer begrenzten internationalen Bühne außenpolitisch zu agieren. Erst nach dem Abschluß der bundesdeutschen Ostverträge sowie des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages und der danach folgenden weltweiten diplomatischen Anerkennung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre nahm die DDR aktiv am internationalen Geschehen teil, wurde UNO-Mitglied und beteiligte sich am KSZE-Prozeß.

Jürgen Hofmann (Berlin) hatte unmittelbar vor der Konferenz im Auftrage des Sprecherrates der Historischen Kommission beim PDS-Parteivorstand ein Diskussionspapier zum 50. Jahrestag der Gründung beider deutscher Staaten vorgelegt.² An dieses Papier knüpfte er in seinem Referat an, als er seine Überlegungen zum Umgang mit der Geschichte der Zweistaatlichkeit in einer bipolaren Welt vortrug. Dem in der DDR realisierten staatssozialistischen Gegenentwurf zur Bundesrepublik maß Hofmann lediglich »relative Stabilität« zu. Die Mehrzahl der derzeit geführten Debatten über die deutsche Zeitgeschichte sei viel zu stark politisch motiviert und somit erkenntnisthemmend. Mit der DDR-Geschichte würde vorrangig »abgerechnet«, als sie in einen kritischen wissenschaftlichen Diskurs einzubeziehen. Hofmann plädierte dafür, mehr Sachlichkeit im Umgang mit DDR-Geschichte walten zu lassen und forderte beim Vergleich mit der Bundesrepublik eine Abkehr vom Denken in Schwarz-Weiß-Schablonen.

Rudolf Woderich (Berlin) sprach zum Thema »Ost-Identität – Residuum der Vereinigung oder Phänomen von langer Dauer?«. Aufgrund vorliegender Forschungsergebnisse konstatierte er eine erhebliche Langfristigkeit derartiger Erscheinungen und sprach sich für eine soziologisch wie historisch angelegte Deutung aus.

Die Tagung wurde nach den erwähnten Plenarbeiträgen in drei Arbeitskreisen fortgesetzt. Diese befaßten sich mit der Vor- und Frühgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit, den soziokulturellen Verschiedenheiten in der heutigen Bundesrepublik als Folge der deutschen Zweistaatlichkeit und mit der Außen- und Deutschlandpolitik beider deutscher Staaten.

Den zweiten Konferenztag, der ausschließlich im Plenum stattfand, eröffnete *Harald Neubert* (Berlin) mit einem Beitrag über internationale Aspekte der Grenzschießung am 13. August 1961. Er stellte heraus, daß der Mauerbau für die DDR kein Ruhmesblatt war und als Produkt des Kalten Krieges zustande kam. Auch vermüßte er nach 1961 Schritte zur Überwindung der Mauer. Die Grenzsicherungsmaßnahmen seien Ausdruck der Defensive und der fundamentalen Schwäche, in der sich die DDR und der gesamte Ostblock zu dieser Zeit befunden hätten. Dennoch war die Mauer nicht nur eine deutsch-deutsche Grenze, sondern auch eine Grenze zwischen den Blöcken und insoweit ein »Objekt sowjetischer Sicherheitsinteressen« gewesen. Resümierend stellte Neubert

fest, daß sich aufgrund der bekannten Ausgangslage der Sozialismus in der DDR (geteiltes Land) nur mit macht- und militärpolitischen Lösungen durchsetzen ließ. In der Debatte zu diesem Vortrag wurde die Frage diskutiert, ob die Mauer abseits aller äußeren Aspekte nicht doch vor allem gegen die eigene Bevölkerung gerichtet war. Einig war man sich darüber, daß ein Verzicht auf die Grenzsicherung 1961/62 zweifellos zum kurzfristigen wirtschaftlichen Kollaps der DDR geführt hätte. Die Mauer habe zwar zu einer kurzfristigen Stabilisierung der DDR geführt, sei jedoch langfristig wegen des Mangels an Freizügigkeit zu einem entscheidenden Destabilisierungselement der DDR geworden.

Jörg Roesler stellte in seinem Vortrag in leicht ironisierender Weise das Neue ökonomische System (NÖS) in der DDR der wirtschaftlichen »Globalsteuerung« in der BRD in den sechziger Jahren gegenüber. Ende der fünfziger Jahre hatten Walter Ulbricht und sein Wirtschaftsberater Berger bemerkt, daß die extensiven Wachstumselemente deutlich nachließen. Das sowjetische Planwirtschaftsmodell war für die DDR offensichtlich nicht geeignet, »die BRD zu überholen«. Die Existenzkrise 1960/61 war mit dem Mauerbau nicht wirtschaftlich, sondern politisch gelöst worden. Mit der Einführung des NÖS wollte man offenbar eine »große Lösung«, die die schwierige Situation vor allem wirtschaftlich und nicht nur im Verwaltungsstil lösen sollte. Während man in der DDR mit weniger staatlicher Einwirkung als bisher auskommen wollte, setzte der Westen auf »mehr Staat«, auf eine »aufgeklärte Marktwirtschaft«. Letztlich scheiterte das NÖS an der nicht vorhandenen Bereitschaft der Sowjetunion, sich an dieser Art der Reform zu beteiligen.

Stefan Bollinger (Berlin) sprach über die DDR im Wendezeitraum 1989/90 und untersuchte ausgehend von seinem jüngst vorgelegten Buch zum gleichen Thema³ sowohl äußere wie innere Faktoren in diesem Prozeß. Eine reale Chance für die DDR, in dieser Zeit »zu ihren Wurzeln und Ausgangspositionen zurückzukehren«, habe, vor allem angesichts äußerer Einflüsse, nach dem 9. November 1989 nicht mehr bestanden.

Höchst interessant waren die Darlegungen von Hella Kaeselitz (Berlin) über die britische Haltung zum deutschen Vereinigungsprozeß von 1989/90. Premierministerin Margaret Thatcher, die trotz ausgeprägtem Antikommunismus offenbar von der sowjetischen Perestrojka Gorbatschows fasziniert war, räumte der DDR an der Wende zu 1990 lediglich die Möglichkeit freier Wahlen und die Bildung einer demokratischen Regierung ein. Sie hatte den deutschen Faschismus noch erlebt und wollte verhindern, daß Deutschland durch die Vereinigung erneut in eine Großmachtrolle gedrängt und zu einem übermächtigen Konkurrenten des United Kingdom würde. Wenn schon Vereinigung, da waren sich Thatcher und der amerikanische Präsident Bush einig, dann nur mit einer NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands, um so eine bessere Kontrolle auszuüben. In den »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen agierten dann Großbritannien und auch Frankreich faktisch nur noch als Statist. Man hatte sich offenbar in das Schicksal der nunmehr unvermeidlichen deutschen Vereinigung gefügt und die Initiative den USA, der Sowjetunion und der Bundesrepublik überlassen.

3 Vgl. Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin 1999.